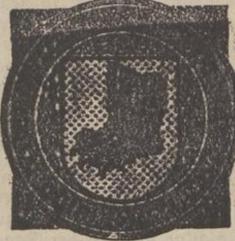


# Pulsnitzer Anzeiger

## Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pilsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage und Sonntagen. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 30 Pf., bei Lieferung ins Haus 35 Pf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung nachfolgend keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsanträge für Abnehmer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachschiffe bei Wiederholungen nach Postliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern nach an-



bestimmten Tagen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor- mittags 10 Uhr anzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptgeschäftler: Walter Mohr, Pilsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pilsnitz. Verantwortlich für den Schriftteil: Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pilsnitz; für Politik, Bilderbeleg und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pilsnitz. — D. N. VI. 2230. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Kamenz, des Stadtrates zu Pilsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pilsnitz, sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 175

Freitag, den 29. Juli 1938

90. Jahrgang

# Ein Friedensplan Runcimans

## Aber keine amtlichen britischen Vorschläge

Wie der politische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, wird Lord Runciman bereits am Montag nach Paris reisen. Der Korrespondent unterstreicht noch einmal, daß Runciman als Privatmann nach Prag gehe und daß ihn kein amtliches Sekretariat, nicht einmal ein Dolmetscher des Foreign Office begleiten werde.

Man erwarte, daß Lord Runciman gleich nach seiner Ankunft in Prag eine Besprechung mit Hodtscha haben werde, der eine ähnliche Fühlungnahme mit den Sudetendeutschen folgen werde.

In Londoner politischen Kreisen sei man sich völlig klar darüber, daß die Vorschläge, die Lord Runciman machen werde, nicht als amtlich von der britischen Regierung kommend angesehen werden könnten. Von ihr seien keine Vorschläge für eine Vereinigung gemacht worden und würden auch keine gemacht werden. Von einem britischen „Eingreifen“ könne also gar keine Rede sein.

Der politische Korrespondent des „Daily Express“ will wissen, daß Lord Runciman beabsichtige, einen eigenen „Friedensplan“ vorzuschlagen, falls die unmittelbaren Besprechungen zwischen den beiden Parteien zusammenbrechen sollten. Dieser Plan werde nicht aufgezwungen, aber man hoffe, daß beide Parteien ihn annehmen würden.

### Entwurf über die territoriale Verwaltung

Der Sudetendeutschen Partei wurde jetzt der von der Prager Regierung ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes über die Grundlagen der Organisation der territorialen Verwaltung überreicht. Seitens der Sudetendeutschen Partei wurde der Entwurf, zu dem auch mündliche juristische Erläuterungen gegeben wurden, ohne Stellungnahme entgegengenommen.

### Die Hoffnungen der Slowaken betrogen

Die Forderung der Slowaken nach Berücksichtigung des Pittsburg-Vertrages wird enttäuscht. In einer Unterredung mit dem Führer der amerikanischen Abord-

nung der Slowaken, Dr. Hlecko, teilte Ministerpräsident Dr. Hodtscha auf Befragen mit, daß die Einverleibung des Pittsburg-Vertrages in die Verfassung der Tschecho-Slowakei nicht in Frage käme.

Die Prager Regierung sei aber angeblich bereit, den amerikanischen Slowaken auf eine andere Weise Genugtuung zu geben für das, was sie für die Entfaltung der Tschecho-Slowakei getan haben. Die jetzige Reform sei eine Erfüllung des Pittsburg-Vertrages, und er selber wolle im Geiste dieses Vertrages arbeiten.

### Halifag über Runciman

#### Oberhauserklärung zur sudetendeutschen Frage

Im Oberhaus gab Lord Halifax im Rahmen seiner außenpolitischen Uebersicht u. a. Erläuterungen zum italienisch-englischen Verhältnis. Er gab hierbei dem Bedauern Ausdruck, daß die Vorbedingungen für die In- kraftsetzung des englisch-italienischen Abkommens noch nicht erfüllt seien. Es möge sein, daß starke Kräfte in der Welt die Wiederherstellung der alten Freundschaft zwischen England und Italien nicht wünschten. Lord Halifax wies dabei darauf hin, daß Hoffnungen auf eine Beeinflussung der italienischen Außenpolitik töricht seien.

Zum sudetendeutschen Problem übergehend untrifft Lord Halifax dann die Stellung Lord Runcimans und hob hervor, daß dieser von der Regierung vollkommen unabhängig sein solle. Lord Runciman habe seine eigene Stellung im übrigen dahin skizziert, daß er gleichsam mitten im Atlantik in einem kleinen Boot ausgesetzt sei. Das sei, meinte Lord Halifax unter der Heiterkeit des Hauses, tatsächlich die Lage.

Lord Halifax gab im Hinblick auf die an der Lösung des sudetendeutschen Problems interessierten Mächte zugleich der Ueberzeugung Ausdruck, daß keiner derjenigen, die für die Regierungen in Europa verantwortlich sind, heute einen Krieg wünscht.

Kubes habe hierauf Einfluß, und der Briefträger möge daran denken, ob er sein Gehalt vom Staate oder von den Sudetendeutschen beziehen wolle. Der Briefträger war durch diese freche Drohung so verängstigt, daß er von einer Abmeldung seines Sohnes ablah, um so mehr, als ihm auch noch von zwei anderen tschechischen Beamten in gleicher Weise gedroht wurde.

Aus dem Bezirk Tuschka u wird mitgeteilt, daß tschechische und jüdische Gutbesitzer deutschen Arbeitern kündigen und für sie tschechische Arbeiter anstellen, weil die deutschen Arbeiter ihre Kinder in den deutschen Schulen anmelden.

### Polnischer Protest in Prag

#### Die Tschechei Herd kommunistischer Wühlerei

Polen hatte bereits in einer Note vom 22. März darauf hingewiesen, daß sich die kommunistische Partei in der Tschecho-Slowakei zu einem Ausfallort der Kommintern gegen Polen entwickelt hat.

Polen hatte damit das unterstrichen, was schon deutscherseits immer wieder als Befürchtung herausgestellt wurde, daß nämlich die Tschechei die Vorpostenstellung des Bolschewismus darstellt.

Die ständige gegen den polnischen Staat gerichtete Wühlertätigkeit der tschechischen kommunistischen Partei hat die polnische Regierung jetzt veranlaßt, in Prag erneut Protest einzulegen.

In der neuen Note wird unter anderem festgestellt, daß zwar das tschechische Außenministerium die in der ersten polnischen Note angeführten Tatsachen nicht in Abrede gestellt habe, daß es aber trotzdem den Anschein habe, als ob die tschechischen Sicherheitsorgane geneigt seien, die Wühlereien der kommunistischen Partei zu bagatelisieren.

Die Mittel zur Beseitigung dieser destruktiven Aktion der tschechischen kommunistischen Partei müßten als wirkungslos betrachtet werden.

Die polnische Note enthält überdies eine Reihe neuer Tatsachen und unbestreitbarer Beweise dafür, daß die in der Tschecho-Slowakei legal bestehende kommunistische Partei ihre gegen Polen gerichtete agitatorische Tätigkeit fortsetzt.

### Erbhofgesetz auch in der Ostmark

#### Wesentlicher Schritt auf dem Wege des Rechtsangleichs

Nach einer am 27. Juli erlassenen Verordnung tritt das Reichserbhofgesetz mit den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften am 1. August 1938 im Lande Österreich in Kraft. Die Bestimmungen des Altrechts werden ohne sachliche Änderung übernommen.

Mit dieser Verordnung ist ein weiterer wesentlicher Schritt auf dem Wege der Rechtsangleichung getan. Seine Bedeutung besteht darin, daß das Reichserbhofgesetz nun auch in der wieder heimgekehrten Ostmark seine Aufgabe übernimmt, das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes zu sichern. Die Ostmark war seit je ein ausgesprochenes Bauernland. Sie ist es auch bis heute geblieben. Der gesunde Sinn der bäuerlichen Bevölkerung hat in den meisten Bezirken die überkommene gute Art der bäuerlichen Geschlechterfolge ohne Teilung der Höfe erhalten. Hier bedeutet die gesetzliche Festlegung dieses der bäuerlichen Lebensordnung entsprechenden Rechts nur die Herstellung der Rechtseinheit für Großdeutschland. Für die Bezirke, in denen unter der Einwirkung bauernfremder Rechtsvorstellungen die Gewohnheit der Teilung sich ausgebildet hatte, wird das Reichserbhofgesetz auch in Österreich die Grundlage für das Wiedererleben eines gesunden Hofgedankens und damit für ein völkisch besonders wertvolles Landvolk schaffen.

# Tschechische Vorschläge ungültig?

## Eine merkwürdige Auslassung des Tschecho-slowakischen Pressbüros

Das Tschecho-Slowakische Pressbüro gab eine Stellungnahme heraus, in der es u. a. heißt: In den letzten Tagen brachten einige ausländische und Prager Blätter Artikel, in denen einzelne Teile aus dem Gesamtwerk der Nationalitätensvorlagen angeführt oder kommentiert wurden, an denen die Regierung soeben arbeitet. Das Tschecho-Slowakische Pressbüro wurde von maßgebenden amtlichen Stellen auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß alle derartigen Auszüge aus den Regierungsvorlagen kein wirklich erschöpfendes Bild und keine Uebersicht bieten, weil es sich nicht um Werke handelt, deren Redaktion bereits definitiv abgeschlossen wäre. Weder das politische Ministerkomitee noch der sechs-köpfige Parlamentsausschuß haben ihre Arbeiten bisher beendet, und auch die Verhandlungen mit den Vertretern der politischen Parteien, welche die einzelnen Nationalitäten repräsentieren, wurden nicht abgeschlossen. Es ist also selbstverständlich, daß keine endgültige Entscheidung über diese legislativen Vorbereitungen ausgesprochen wurde, denen nur der Ministerrat definitive Form von Anträgen für das Parlament geben kann, der die Vorlagen vor der Einbringung im Parlament definitiv beurteilen und revidieren wird.

Zu dieser Meldung des Tschecho-Slowakischen Pressbüros erfahren wir aus dem Kreise der SdP-Delegation: Diese Mitteilung maßgebender amtlicher Stellen an das Tschecho-Slowakische Pressbüro muß außerordentliche Verwunderung erregen. Es handelt sich bei der Veröffentlichung des Nationalitätensstatuts durch Prager Blätter unbestreitbar um wesentliche Teile des Wort-

lautes jenes Vorschlages der Regierung, welcher der Delegation der Sudetendeutschen Partei am 30. Juni 1938 offiziell überreicht wurde. Das gleiche gilt für den Entwurf eines neuen Sprachengesetzes.

Die heutige amtliche Mitteilung könnte nur den Sinn haben, daß nunmehr die Regierung die bereits der Sudetendeutschen Partei übergebenen Vorschläge nicht mehr als gültig betrachtet und neue Vorschläge unterbreiten will. Hiervon ist der Delegation der Sudetendeutschen Partei aber bis jetzt nichts bekannt.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß dadurch vor der Öffentlichkeit falsche Vorstellungen über den gegenwärtigen Stand der Gespräche zwischen der Regierung und den Vertretern der nichttschechischen Völker und Volksgruppen, insbesondere des Sudetendeutschums, erweckt werden.

### Neuer Tschechenterror

#### Drohung gegen Sudetendeutsche, weil ihre Kinder deutsche Schulen besuchen

Aus Hof in Mähren wird ein neuer Fall brutaler tschechischer Erpressung bekannt. Der beim dortigen Postamt angestellte Briefträger Josef Demel wollte seinen Jungen, der den ersten Jahrgang der dortigen tschechischen Schule besucht, in die deutsche Schule schicken, da das Kind in der tschechischen Schule einen schlechten Fortgang zu verzeichnen hatte. Als er den Jungen anmelden wollte, erklärte der tschechische Lehrer Kubes, Demel könne verurteilt werden oder überhaupt seinen Posten verlieren.

